

Beziehung deutlich aussprechen sollen, daß wir nur die durch gründliche Nachforschungen als der Wohlthat vollkommen würdig erkannte Gewerbtreibende, und auch dann nur, wenn sie genügende Bürgschaft stellten, unterstützten, im Falle sie aber ihrer Verpflichtung nicht nachkommen, verklagen werden. Daraus entgegnete ich:

1) Nach §. 1. erhalten nur ohne ihr Verschulden in eine drückende Lage versetzten Handwerker Darlehen und nach §. 7. unterzieht sich der Vorstand den Prüfungen der eingegangenen Gesuche. Daraus folgt, daß wir erst nach sorgfältigen Erkundigungen über die Würdigkeit der Bittsteller Hilfe leisten werden; und wir haben solche schon in den vorliegenden Fällen bei den angesehensten und glaubhaftesten Meistern und bei Magistratsmitgliedern eingezo-gen, wie wir uns auch wegen nicht befriedigender Resultate dieser Anfragen schon zu abschlägigen Bescheiden genöthigt sahen.

2) Bürgen verlangen wir nicht, weil hißwelsen vielleicht der Würdigste solche vergebens suchen dürfte, und sie auch zur Zahlung nur dann verpflichtet wären, wenn alle Reichsmittel gegen den wirklichen Schuldner vergebens ergriffen worden.

3) Das Recht der Klage bleibt uns jedoch gegen denselben, welcher einen Schuldschein ausgestellt hat (§. 5.), immer unbenommen.

Wir hoffen aber bei gewissenhafter Beobachtung unserer Obliegenheiten, nie zu diesem äußersten Mittel genöthigt zu sein, und haben in der That das Zutrauen, daß keiner von denen, welche unverzinsliche Darlehen erhalten (Zinsen aber zu verlangen, hieße in den jetzigen bösen Zeiten die Wohlthat sehr beeinträchtigen und fast aufheben) und denen die Rückerstattung so sehr leicht gemacht ist (§. 6.), so undankbar sein werde, uns der Mittel zu berauben, um auch Andern und ihm selbst künftigt wieder helfen können.

Was endlich die Sicherstellung der versprochenen monatlichen Beiträge (§. 2.) betrifft, so waren wir allerdings der Meinung, daß wir Niemand, der sich durch ein Versprechen nicht gebunden glaubt, zur Wohlthätigkeit verpflichten können, und müßten es uns gefallen lassen, wenn die Einnahmen immer spärlicher fließen. Aber sollte dies wirklich zu fürchten sein? Nein, der Wohlthätigkeitsinn unserer Mitbürger ist zu bekannt und hat sich erst in den jüngsten Zeiten zu glänzend bewährt, als daß wir (ich spreche nämlich im Auftrage des Vorstandes und gewiß im Sinne des ganzen Vereines) nicht vielmehr hoffen sollten, es werde das gute Werk immer mehr Freunde gewinnen. In dieser Hoffnung wagen wir es schon jetzt alle dieje-

nigen welche sich bisher noch aus einem sehr verzeihlichen aber ganz unbegründeten Mißtrauen fern davon gehalten haben, zum Beitritt, und alle diejenigen, welche wir bereits für uns gewonnen, nicht nur zum Aussharren in dem Vereine sondern sogar zu noch kräftigerer Förderung desselben aufzufordern.

J. G.

## Constitutioneller Verein zu Katibor.

Versammlung am 28. Mai c. Ordner: Senator Kaufm. Speil. Derselbe theilte zuvörderst mit, daß der Verein gegenwärtig 516 Mitglieder zähle und daß dem von hier aus an das Staats-Ministerium abgegangenen Vertrauens-Votum bis jetzt 1033 Personen durch Unterschrift beigetreten seien. Nachdem hierauf Just. Rath Klapper den Zustand und die Bedürfnisse der Vereinskasse zur Sprache gebracht und unter Zustimmung der Versammlung die Subscription freiwilliger monatlicher Beiträge eröffnet worden war, trug Sup. Redlich den ersten Bericht des diesseitigen Deputirten beim deutschen Parlament zu Frankfurt a. M., Fürsten Lichnowsky, vor. Der Antrag des Assessor Reinhold auf eine Dankadresse wurde dahin modificirt, daß der Vorstand es übernahm, dem Herrn Bericht-erstatte mitzutheilen, daß die Versammlung seinen Bericht mit sichtbarem Interesse vernommen und daß die verheißene Fortsetzung mit Freuden erwartet werde. Ob. L. Ger. Rath von Tepper stellt eine Vergleichung zwischen einigen Paragraphen des Entwurfs der preussischen Constitution und dem norwegischen Verfassungs-gesetz an, wobei besonders über das dem Könige zu bewilligende Recht, Krieg anzukündigen, zwischen Ob. L. Ger. Rath von Tepper, J. Rath Klapper, Geh. J. R. Wollenhaupt und Kand. Buchs sich eine Diskussion entspann. Der Antrag auf Bildung einer Kommission zur Begutachtung des genannten Gesetzentwurfs wurde vornehmlich deshalb abgelehnt, weil vor Beendigung dieser viel Zeit erfordernden Arbeit die Presse wohl das Resultat der Berliner Kommissionsarbeiten mittheilen werde.

— Domherr Seide theilt ein so eben eingelaufenes Schreiben aus Frankfurt a. M. mit, wonach der Fürst Lichnowsky Mitglied der zur Entwerfung des deutschen Reichsgrundgesetzes bestimmten Kommission geworden. Gleichzeitig werden die neuesten Nachrichten aus Wien aus einem Privat Schreiben vom 27. Mai c. vorgetragen. Lehrer Knorr hält in Bezug auf die Frage über die Hebung des Nothstandes der arbeitenden Klassen einen Vortrag, in welchem er Schulen für Handwerkslehrlinge empfiehlt und Mittel zur Bildung des Gesellenstandes in Vorschlag bringt. Sup. Redlich geht auf die Errichtung von Schulen für Handwerkslehrlinge näher ein, die Versammlung erklärt sie für wünschenswerth und beschließt eine Kommission zu er-